



Was ist Generationenpolitik?

Eine Positionsbestimmung

Schweizerische Akademie der Geistes- und Sozialwissenschaften
(Hrsg.), Eigenverlag, Bern 2012
75 Seiten, ISBN 978-3-905870-20-6



Die Publikation beschreibt Grundsätze, Notwendigkeit, Ziele und Umsetzung der Generationenpolitik. Die Schweizerische Akademie der Geistes- und Sozialwissenschaften nennt drei zentrale Ziele: die Vereinbarkeit von Familien- und Erwerbstätigkeit, die aktive Beteiligung aller Generationen am gesellschaftlichen Leben und damit die Überwindung einer je länger je weniger haltbaren Zuweisung und Bindung von Handlungsmöglichkeiten an einzelne Lebensphasen. Die Akademie bezeichnet konkrete Massnahmen und die für deren Umsetzung Verantwortlichen. Im Zentrum stehen die sechs für die Generationenpolitik relevanten Politikbereiche: Familienpolitik, Bildungspolitik, Organisation des Erwerbslebens, Fiskal- und Transferpolitik, Sozialpolitik und Familien- und Erbrecht.

Download unter
www.sagw.ch/generationen



Schweizerische Akademie der Geistes- und Sozialwissenschaften
Académie suisse des sciences humaines et sociales

Generationenpolitik: Grundsätze und Posi

Grundsätze



Generationenpolitik rückt das Humanvermögen ins Zentrum

Das Humanvermögen einer Gesellschaft wird massgeblich in den Beziehungen zwischen den Generationen in Familie und Gesellschaft gebildet. Diese sind der Nährboden der Fähigkeiten jedes Einzelnen, sein Dasein kompetent, eigenständig und zugleich in Verantwortung für die Mitmenschen und die Gemeinschaft zu gestalten. Diese Einsicht ist selbstverständlich. Sie geht im politischen Alltag jedoch oft unter. Darum ist Generationenpolitik notwendig. Sie rückt die Tragweite aller Generationenbeziehungen in allen Lebensfeldern für den gesellschaftlichen Zusammenhalt ins richtige Licht. Die Generationenpolitik setzt sich daher konsequent für eine umfassende Förderung des Humanvermögens und eine generationenübergreifende Nutzung der damit verbundenen Potenziale ein.



Generationenpolitik zielt auf eine Gesellschaft aller Lebensalter

Generationenpolitik setzt sich für eine Gesellschaft ein, die Kindern und ihren

Familien Zeit und Raum lässt und niemanden wegen seines Alters oder Geschlechtes von Erwerbsarbeit und Bildung ausschliesst. Generationenpolitik setzt sich für eine aktive Beteiligung und Teilhabe aller Generationen in den verschiedenen Lebensbereichen ein. Das je länger, je weniger haltbare Nacheinander von Ausbildung, Erwerbs- und Familienarbeit sowie privat verfügbarer Zeit soll durch ein Nebeneinander abgelöst werden.

«Weil die Idee der Generationenpolitik auf fundamentale Aufgaben der Gestaltung des Zusammenlebens verweist, ist sie geeignet, neue Impulse für den politischen Konsens zu vermitteln.»



Generationenpolitik orientiert sich konsequent an der Teilhabegerechtigkeit

Generationenpolitik setzt sich für Rahmenbedingungen ein, die es dem Einzelnen ermöglichen, seine Fähigkeiten sowohl in der Familien- als auch in der Erwerbsarbeit einzubringen und zu verwirklichen. Sie respektiert die sich aus der Wahlfreiheit ergebende Verschiedenheit der Lebensformen. Reale Chancen- und Teilhabegerechtigkeit vorausgesetzt, befürwortet Generationenpolitik eine an den Leistungen orientierte Verteilung des Wohlstandes. Mit der Teilhabe- und Leistungsgerechtigkeit nicht vereinbar ist die in Wirtschaft und Gesellschaft

sitionsbezüge

immer noch weit verbreitete Ungleichbehandlung aufgrund des Geschlechtes, des Alters und der Herkunft.



Generationenpolitik stärkt die Zivilgesellschaft und den politischen Konsens

Weil Generationenpolitik sich auf Aufgaben bezieht, die sich allen Menschen in allen Lebensphasen stellen, ist sie geeignet, sowohl programmatisch als auch praktisch partei-
enübergreifende Perspektiven und Ziele zu formulieren. Indem sie das Recht auf engagierte gesellschaftliche Teilhabe eines jeden Einzelnen als grundlegend für alle Vorstellungen von Gerechtigkeit postuliert, schlägt sie Brücken zwischen Sozialpolitik, Kulturpolitik und Gesellschaftspolitik. Weil Generationenpolitik die Aufwertung und die Tragweite der Generationenbeziehungen in allen Lebensbereichen betont, sind generationenpolitische Initiativen, Programme und Massnahmen Tätigkeitsfelder für alle politischen Akteure, also für freie Initiativen, für die Wirtschaft, für die Sozialwerke und für die staatlichen Organe.

«Generationenpolitik will das Zusammenspiel der relevanten Faktoren in den verschiedenen gesellschaftlichen und politischen Sektoren aufzeigen.»

Positionenbezüge



Generationenpolitik ist umfassende Bildungspolitik

Weil Generationenpolitik im Humanvermögen die zentrale Ressource für Wirtschaft, Kultur und Gesellschaft überhaupt sieht, fordert sie umfassende Investitionen in die Bildung und versteht diese als lebenslangen Prozess. Bildung ist Voraussetzung für die aktive Teilhabe und trägt massgeblich zur realen Chancengleichheit bei. Da Bildung zukünftiges, steuerbares Einkommen generiert, ist es angezeigt, Bildungsausgaben nicht zu besteuern. Im Auge zu behalten ist, dass sich Bildungsinvestitionen in die frühe Kindheit sowie in die am schlechtesten qualifizierten Gruppen besonders auszahlen.



Generationenpolitik setzt die Vereinbarkeit von Familien- und Erwerbsarbeit voraus

Die Vereinbarkeit von Familien- und Erwerbsarbeit ist eine wesentliche Voraussetzung für eine aktive Beteiligung und Teilhabe aller Generationen am gesellschaftlichen Leben. Notwendig ist daher der konsequente Ausbau von Infrastrukturen, welche die Vereinbarkeit

ermöglichen: Darunter fallen die als Teil des Bildungssystems kostenlos anzubietende familienergänzende, frühkindliche Bildung, koordinierte Blockzeiten sowie Tagesschulen und Tagesstrukturen. Hohe Bedeutung kommt der zeitlichen Organisation der Erwerbsarbeit zu. Langfristig müssen die Fiskalpolitik und das soziale Sicherungssystem auf das sogenannte «Dual-Earner-Dual-Carer-Modell» ausgerichtet werden.

tenaufschübe gefördert werden. Massgeblich zur Pflege des Arbeitsvermögens und damit zum Verbleib im Arbeitsleben tragen flexible Arbeitspensen und -zeiten, geregelte Auszeiten, der Erwerb neuer Qualifikationen und den sich wandelnden Fähigkeiten angepasste Tätigkeiten bei.



Generationenpolitik fordert eine Aufwertung der Sorgearbeit



Generationenpolitik zielt auf eine hohe Erwerbsbeteiligung von Männern und Frauen aller Lebensalter

Die Beteiligung von Männern und Frauen am Erwerbsleben entspricht einem ausgewiesenen Wunsch, ist eine Notwendigkeit und stärkt die sozialen Sicherungssysteme. Notwendig ist eine konsequent leistungsorientierte, vom Geschlecht und Alter unabhängige Salär- und Anstellungspolitik. Von der Altersvorsorge ausgehende Anreize zur Frühpensionierung und Benachteiligung von älteren Arbeitnehmenden sowie Altersgrenzen sind zu beseitigen. Altersarbeit soll durch versicherungstechnisch korrekte, altersmässig unbegrenzte Ren-

In dem Masse, wie sich Männer und Frauen an der Erwerbsarbeit beteiligen, darf die Sorgearbeit nicht mehr als selbstverständlich vorausgesetzt werden. Wegen reduzierten Erwerbspensen haben jene, die Sorgearbeit leisten, oftmals keinen Zugang zu den sozialen Sicherungssystemen. Durch tiefere Einkommensschwelen bei den Pensionskassen, einen vollständigen Vorsorgeausgleich bei verheirateten wie unverheirateten Paaren im Falle der Trennung und eine mit den Betreuungspflichten kompatible Regelung der Zumutbarkeit sowie der Vermittelbarkeit bei der

«Das historisch gewachsene Sozialversicherungssystem ist unübersichtlich geworden. Seine Effizienz, Wirksamkeit und Finanzierbarkeit wird in Frage gestellt.»

Arbeitslosenversicherung liessen sich rasch Verbesserungen erzielen. Zu prüfen ist die Ausdehnung von Betreuungsgutschriften auf unverheiratete Lebens-

partnerInnen und weitere nahe stehende Personen. Auch über eine Abgeltung von Betreuungsleistungen nicht nur unter den gesetzlichen Erben, sondern auch jenen, die sie erbracht haben, ist nachzudenken.



Generationenpolitik stärkt die Eigeninitiative und die Selbständigkeit

Eigeninitiative und Selbständigkeit kann sowohl in der Sorgearbeit als auch in der Erwerbsarbeit durch entsprechende Angebote gestützt und gefördert werden. Entlastungsdienste für pflegende Angehörige sowie hauswirtschaftliche und pflegerische Unterstützungsangebote für Pflegebedürftige stärken deren Selbständigkeit und Eigeninitiative. Die Arbeitsmarktintegration kann durch Teillohnsysteme, Aktivierungs-, Qualifizierungs- und Beratungsmassnahmen sowie ein konsequentes Fallmanagement gefördert werden.



Generationenpolitik ist der Leistungsgerechtigkeit verpflichtet

Erwerbsanstrengungen sollen sich in jeder Situation stets lohnen. Dies erfor-

dert Anpassungen in der Fiskal- und Transferpolitik sowie bei den sozialen Sicherungssystemen. Zu mehr Leistungs- gerechtigkeit für Familien führen die Individual- besteuern und der Ersatz von einkommens- abhängigen Tarifen und

Zuwendungen durch Steuerabzüge für Betreuungs- und Ausbildungskosten. Mit dem Verzicht auf die Besteuerung des Existenzminimums, stufenlosen Bedarfsleistungssystemen, einer moderaten Besteuerung des selbstverdienten Frankens und Leistungsreduktionen bei fehlender Kooperation lassen sich die Leistungen von Sozialhilfebezügern besser honorieren.

Mitglieder des Netzwerks Generationenbeziehungen

Heinz Altorfer
Dr. Erwin Koller
Prof. Dr. Kurt Lüscher
Prof. Dr. Pasqualina Perrig-Chiello
Dr. Heidi Simoni
Heidi Stutz
Prof. Dr. Eric Widmer
Dr. Markus Zürcher

Inhaltsverzeichnis

Generationenpolitik: Grundsätze und Positionsbezüge – Management Summary

Einleitung

1. Notwendigkeit einer Generationenpolitik

2. Ziele einer Generationenpolitik

3. Die Grundlagen einer Generationenpolitik

- 3.1 Die Besonderheit von Generationenbeziehungen
- 3.2 Differentieller Altersbegriff
- 3.3 Für eine sozial aufgeklärte, gegen eine demagogische Demographie
- 3.4 Grundsätze einer Generationenpolitik

4. Der vielfache Mehrwert einer Generationenpolitik

5. In privater, zivilgesellschaftlicher und staatlicher Verantwortung – die Träger der Generationenpolitik

6. Umsetzung der Generationenpolitik

- 6.1 Von der Familienpolitik zur Generationenpolitik
- 6.2 Generationenpolitik ist Bildungspolitik
- 6.3 Organisation des Erwerbslebens
- 6.4 Für eine generationenverträgliche Fiskal- und Transferpolitik
- 6.5 Implikationen der Generationenpolitik für das soziale Sicherungssystem
 - 6.5.1 Zusammenhänge zwischen sozialer Sicherung und Erwerbsbeteiligung in der Generationenperspektive
 - 6.5.2 Die Anerkennung und soziale Absicherung der Sorgearbeit
- 6.6 Familien- und Erbrecht
 - 6.6.1 Familienrechtliche Entwicklung
 - 6.6.2 «Krise» der Familie oder «Mannigfaltigkeit» familiärer Beziehungen?
 - 6.6.3 Insbesondere zur Entwicklung des Erbrechts

Ausblick

Netzwerk Generationenbeziehungen: Verzeichnis der bisherigen Arbeiten

Um frühzeitig die Relevanz der Beziehungen zwischen den Generationen in grösseren Zusammenhängen anzusprechen und den Diskurs zwischen Politik, Verwaltung und Wissenschaft in Gang zu bringen, haben die Schweizerische Akademie der Geistes- und Sozialwissenschaften (SAGW) und das ehemalige Nationale Forschungsprogramm «Kindheit, Jugend und Generationenbeziehungen im gesellschaftlichen Wandel» NFP 52 die Initiative zur Bildung eines «Schweizerischen Netzwerks Generationenbeziehungen» ergriffen. Zweck des Netzwerks ist es, Werkstattgespräche, Tagungen, Ausstellungen und weitere Veranstaltungen zu diesem Themenbereich anzuregen und solche selbst durchzuführen. Auf diese Weise sollen sowohl die Grundlagen der Generationenpolitik als auch der gesellschaftliche Dialog darüber in nachhaltiger und differenzierter Weise erarbeitet werden.

Publikationen

- «Generationenpolitik – Einschätzungen und Stellungnahmen», Akten der Herbsttagung 2010, August 2011.
- «Generationen», SAGW-Bulletin 4/2010, Dezember 2010.
- «Generationen – Generationenbeziehungen – Generationenpolitik. Ein dreisprachiges Kompendium», November 2010.
- «Auf dem Weg zu einer Generationenpolitik», August 2010.
- «Generationenbeziehungen – Relations entre générations», SAGW-Bulletin 4/2009, Dezember 2009.
- «Familienergänzende Betreuung, Erziehung und Bildung von Kindern – ein Generationenprojekt in privater und staatlicher Verantwortung», Juni 2009.

Veranstaltungen

- 1. September 2011, Tagung «Bilder des Alters – Altersrollen», gemeinsam mit dem Zentrum für Gerontologie und dem Migros Kulturprozent
- 18. November 2010, Tagung «Auf dem Weg zu einer Generationenpolitik»
- 19. August 2010, Pressekonferenz zur Lancierung der Debatte zur Generationenpolitik und zur Vorstellung der Publikation «Auf dem Weg zu einer Generationenpolitik»
- 6. Mai 2010, Tagung «Generationenfreundliche Gemeinden»
- 24. September 2009, Werkstattgespräch «Generationenbeziehungen als gesellschaftliche Ressource – Konzepte und Messversuche», Hauptreferenten Anne Kersten und Prof. Dr. Christian Suter

- 26. Mai 2009, Werkstattgespräch «Neue soziale Risiken – Herausforderungen für eine Generationenpolitik», Hauptreferenten Prof. Dr. Giuliano Bonoli und Dr. Katja Gentinetta
- 14. Januar 2009, Werkstattgespräch «Armutsrisiken und Altersvorsorge in der Generationenperspektive», Hauptreferenten Prof. Dr. Philippe Wanner, Simon Gemperli und Yves Rossier
- 20. und 21. November 2008, Tagung «Familienergänzende Betreuung, Erziehung und Bildung von Kindern – ein Generationenprojekt in privater und staatlicher Verantwortung»
- 8. Mai 2008, Werkstattgespräch «Erben im Spannungsfeld aktueller Lebensformen», Hauptreferenten Heidi Stutz, Prof. Dr. Peter Breitschmid und Dr. Benno Studer
- 15. November 2007, Werkstattgespräch «Generationenpolitik: Schlagwort oder Leitidee?», Hauptreferenten Ludwig Gärtner und Prof. Dr. Kurt Lüscher
- 26. April 2006, Werkstattgespräch «Medien und Generationen – Inwiefern beeinflussen die Medien die Gestaltung der Generationenbeziehungen?», Hauptreferenten Prof. Dr. Heinz Bonfadelli, Dr. Mirko Marr, Dr. Stephanie Weiss und Lisa Berrisch

Bezugsquelle

Die Publikation kann kostenlos bezogen werden bei:

Schweizerische Akademie der Geistes- und Sozialwissenschaften
 Hirschengraben 11
 3011 Bern
 Tel. 031 313 14 40
 Fax 031 313 14 50
 E-Mail: info@sagw.ch
 Download unter: www.sagw.ch/generationen